Protokoll
der 25. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf
von Berlin
am 23.01.2006

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:15 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Der Vorsitzende **Herr BV Fengler** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Er begrüßt insbesondere den ehemaligen Stadtrat für Gesundheit, Herrn Engelmann.

TOP 1 – Bürgerfrageviertelstunde

Es liegen dem Ausschuss keine Anfragen vor.

TOP 2 – Stand des Bauvorhabens Helios-Klinikum

Hr. Ukas berichtet, dass zwei Baugenehmigungen beantragt und auch erteilt worden sind, auf deren Grundlage die Zahl der Betten am Standort Walterhöferstraße um 80 aufgestockt werden kann. Da mit der Ausweitung der Klinik ein erhöhtes Verkehrsaufkommen verbunden sein wird, soll ein Parkdeck errichtet werden, das auch von Mitarbeitern/ Mitarbeiterinnen genutzt werden kann. Hierfür sei der Bauauftrag erteilt worden und es sei geplant, mit den baulichen Maßnahmen in der 5. Kalenderwoche zu beginnen, sofern diese nicht durch rechtliche Schritte, die Anwohner eingeleitet hätten, gestoppt werden. Die Aufstockung des Hauses würde ca. 4 Millionen Euro kosten, hinzu kämen 2 Millionen Euro für das Parkdeck. Im Zuge der internen Umbaumaßnahmen wird die Zahl der OP´s von 5 auf 8 erhöht und der Haupteingang erweitert (Auskunft für Patienten und Besucher).

Frau Lappe erklärt, dass die Baugenehmigung von mehreren Anwohnern angefochten würde, hierzu soll es am Mittwoch, den 25.01.2006, einen Ortstermin mit dem Verwaltungsgericht geben. Sie erläutert das Widerspruchsverfahren und berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Klinik in mehreren Veranstaltungen die Anwohner über das Bauvorhaben informiert hat.
BV Platzeck findet die Klage eines Anwohners aus der Claszeile nicht nachvollziehbar, da die Entfernung von dessen Haus zur Klinik ca. 200 – 300 m Luftlinie betrage. Hr. Ukas erklärt, dass von Anwohnern beim Verwaltungsgericht insbesondere geltend gemacht worden sei, dass die Aufstockung der Klinik zu einer Verschattung ihrer Grundstücke führen würde. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man, um die Lärm- und Luftbelastung durch ein- und ausfahrende Autos im Bereich des Parkdeckes zu minimieren, die Schranken nach innen verlegen würde.

BV Bösener und BV Fengler fragen nach dem Zeitplan für die Baumaßnahmen. Herr Ukas führt hierzu aus, dass der Umbau Ende 2006 fertig sein muss, damit Heckeshorn im I. Quartal 2007 geräumt werden kann.
BV Platzeck, der die Bauplanung des HELIOS-Klinikums ausdrücklich unterstützt, befürchtet, dass ein Baustopp tiefgreifende Auswirkungen auf das Haus, bis hin zu einem Trägerwechsel haben könne. Herr Ukas macht auf den Vertrag zwischen der Stiftung Oskar-Helene-Heim und der HELIOS GmbH aufmerksam, der explizit den Umbau des Krankenhauses in der Walterhöferstraße vorsieht.
BV Wagner fragt, ob es für die Mitarbeiter/-innen der Klinik ein Angebot für Jobtickets gebe. Herr Ukas berichtet, man habe eine Umfrage hierzu gemacht, deren Auswertung aber noch laufe. In jedem Falle wolle man fördern, dass Mitarbeiter/-innen ohne Auto zum Dienst kämen.
Der Vorsitzende bedankt sich für die Auskünfte bei Herrn Ukas und Frau Lappe.

TOP 3 – Pandemie-Plan für das Land Berlin

Herr Dr. Beyer (Ges L) berichtet, dass auf der Grundlage eines von einer länderübergreifenden AG unter der Federführung des Robert-Koch-Institutes erstellten nationalen Pandemieplanung, die Bundesländer aufgefordert seien, ihre Maßnahmen in einem Landesplan zu konkretisieren. In Berlin sei hierzu ein erster Entwurf im November des vergangenen Jahres vorgelegt worden, der nun in modifizierter Form am 18.01.2006 den Gesundheitsämtern zugegangen ist.

Dieser Plan regelt u.a. die Zusammenarbeit der Behörden im Katastrophenfall und legt fest, welche Aufgaben von der Senatsverwaltung, den Gesundheitsämtern und anderen Einrichtungen im Land Berlin bei einer Pandemie wahrzunehmen sind. Herr Dr. Beyer stellt ausführlich dar, welche Planungen sich unter präventivmedizinischen, diagnostischen und therapeutischen Aspekten aus dem Influenza-Pandemieplan ergeben und merkt kritisch an, dass entgegen der Empfehlung des Robert-Koch-Instituts, in nicht ausreichendem Maße antivirale Medikamente angeschafft worden seien. Er beantwortete Fragen, die sich auf die Abgabe von Tamiflu durch Apotheken, die Kriterien für die Ausrufung einer Pandemie durch die WHO und auf den Umstand beziehen, dass die einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Maße sich mit antiviralen Medikamenten eingedeckt haben. Auch wird erläutert, welche Aufgaben Gesundheitsämter im Rahmen eines Pandemiegeschehens hätten (Verantwortung für das Meldewesen, Kontrollen der Absonderungsmaßnahmen von Erkrankten und Krankheitsverdächtigen, sowie Unterbrechung von Infektionsketten durch Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen und Aussprechen von Veranstaltungsverboten und Sicherstellung, dass genügend medizinisches Hilfspersonal und freiwillige Helfer zur Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung zur Verfügung stehen). Außerdem wird erläutert, durch welche Mechanismen es beim Vogelgrippevirus H5N1 zu einer direkten Von-Mensch-zu-Mensch-Übertragung kommen könnte und welche Bedeutung eine konventionelle Grippeimpfung zum jetzigen Zeitpunkt hat.

TOP 4 – Stand der ÖGD-Reform und Beratung des Gesundheitsdienstgesetzes

Frau Otto (JugGesUmDez´in) berichtet, dass der nun vorliegende Entwurf zum Gesundheitsdienstreformgesetz am 15.12.2005 in den Rat der Bürgermeister gegangen ist, wo er zur Zeit in drei Unterausschüssen beraten wird. Es gebe erhebliche Kritik an dem Entwurf, nicht nur von Seiten der Fachvertreter, sondern auch von den politisch Verantwortlichen in den Bezirken, zumal im Gesetz wesentliche Aussagen zur zukünftigen Organisation, Struktur und dem Aufgabenspektrum des ÖGD fehlen, was zur Folge haben wird, dass nach Verabschiedung des GDG wesentliche Punkte der Reform in einer Rechtsverordnung geregelt werden, ohne dabei die Legislative mit einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der Initiative von Politikern aus Bund und Ländern, die darauf abzielt, regelmäßige ärztliche Untersuchung von Kindern zur Pflicht zu machen, um Misshandlungen und Vernachlässigungen frühzeitig aufzudecken, weist Frau Otto darauf hin, dass im Gesundheitsdienstreformgesetz eine Verankerung der Ersthausbesuche durch Sozialarbeiter/-innen des Gesundheitsamtes genauso fehlt, wie die Fixierung von Untersuchungen nach dem Kindertagesbetreuungsreformgesetz.
BV Fröhlich betont die Bedeutung der Untersuchungen U 1 bis U 10, fordert aber, dass die Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit dem Jugendamt noch stärker greifen müsse. Frau Otto führt in diesem Zusammenhang aus, dass es insbesondere darum gehe, frühzeitig Problemfamilien zu erkennen. Pflichtuntersuchungen ließen sich auch unter juristischen Aspekten nur schwer durchsetzen. Einer besseren Vernetzung aller Institutionen und Akteure, die unter pädagogischen, sozialen und gesundheitlichen Aspekten sich mit Kindern beschäftigen, z.B. in Form von bezirklichen Arbeitsgemeinschaften, komme aus ihrer Sicht eine große Bedeutung zu.
BV Kottusch-Geiseler sagt, dass die Inanspruchnahme der U-Untersuchungen sich verbessern ließe, wenn die Nichtwahrnehmung derselben, finanzielle Sanktionen zur Folge hätte. Sie unterstreicht die Bedeutung der U-Untersuchungen als Instrument zur Früherkennung von Entwicklungsverzögerungen und Einschränkungen bei der Funktion von Sinnesorganen.
BV Platzeck hält Schritte zur Entbürokratisierung für wichtiger als die Verabschiedung des GDG in der den politischen Gremien vorliegenden Fassung. **BV Bösener** schließt sich dieser Aussage an und fragt, wer die Interessen des ÖGD noch vertritt. Frau Otto berichtet in diesem Zusammenhang, wie schwierig sich das Mitzeichnungsverfahren zum Gesundheitsdienstreformgesetz zwischen SenGesSoz und SenFin, aber auch SenBJS in den letzten Monaten gestaltet hat. **BV Kottusch-Geiseler** sagt, dass das GDG im März im Abgeordnetenhaus behandelt wird und rein rechnerisch ein Inkrafttreten zum 01.07.2006 noch möglich sei. Sie fragt nach den Auswirkungen desselben auf den Bezirkshaushalt. Herr Dr. Beyer verweist in diesem Zusammenhang auf die neuen Arbeitspakete, die vom Lenkungsausschuss beschlossen worden sind, die u.a. dazu dienen sollen, die finanziellen Auswirkungen der ÖGD-Reform abzuschätzen.

TOP 5 – Bericht aus dem Bezirksamt

Frau Otto berichtet über eine Arbeitsgruppe „Netzwerk Kinderschutz“ bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, an der auch Fachvertreter/-innen der Senatsgesundheitsverwaltung sowie der Jugend- und Gesundheitsämter mitwirken. Herr Dr. Beyer spricht noch einmal die Ersthausbesuche an und erläutert, warum in Steglitz-Zehlendorf die Kosten für dieses Produkt über dem Median liegen.

TOP 6 – Verschiedenes

Die nächste Ausschusssitzung findet zusammen mit dem Sozialausschuss am 20. Februar 2006 statt. Es geht u.a. um den Sozialatlas.

Ausschussvorsitzende:	BV Fengler
Schriftführer:	BV Mückisch
Protokoll:	Herr Bragulla